

Mitteilung Nr. MIT-FS 10/2022		
zur Anfrage Nr. nach § 39 GOSTVV der Stadtverordneten der Fraktion vom Thema:	FS-10/2022 Dorothea Fensak u. Claas Schott DIE GRÜNEN PP 24.03.2022 Installation von Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden in Bremerhaven (GRÜNE PP) - Tischvorlage	
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

I. Die Anfrage lautet:

Aus der Mitteilung des Magistrats auf unsere Anfrage *Solar Cities - Umsetzung in der Stadt Bremerhaven* (Mit-AF41/2021) geht hervor, dass in Bremerhaven seit 2013 keine Solaranlagen mehr auf Dächern öffentlicher Gebäude in Betrieb genommen worden sind.

Wir fragen den Magistrat:

1. Warum ist seit nahezu 10 Jahren keine Solaranlage mehr auf öffentlichen Gebäuden in Bremerhaven installiert worden?
 - A) Wie viele Solaranlagen sollen nach aktuellem Planungsstand in den kommenden 3 Jahren auf welchen öffentlichen Gebäuden errichtet werden?
 - B) Welche Leistung werden diese Anlagen voraussichtlich erbringen?

II. Der Magistrat hat am 30.03.2022 beschlossen, die obige Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1:

Es sind in den Jahren bis 2012 nahezu alle sich darstellenden Dachflächen mit PV-Anlagen vermietet worden. Die noch verbleibenden Flächen sind entweder von der Statik nicht ausreichend dimensioniert oder in einem so schlechten Zustand, dass sich die Montage nicht wirtschaftlich rechnet. Es wird angestrebt, dass diese Anlagen alle nach dem Auslaufen aus dem EEG (20 Jahre) von Seestadt Immobilien übernommen werden.

Zu Frage A:

Aktuell befinden sich diverse PV-Anlagen in der Vorbereitung /Planung. Hier sind aufzuführen: Hochhaus Stadthaus 1, Goetheschule, Paula Modersohn, Heinrich – Heine, etc. Ferner sind weitere neue PV-Anlagen auf Kita Einrichtungen in der Bewertung. Zu bedenken ist hier, dass die Maßnahmen sowohl Planungsleistungen wie auch monetäre Bindungen verursachen.

Zu Frage B:

Die Anlagen werden entsprechend der zu versorgenden Gebäude dimensioniert, so dass der größte Anteil vom erzeugten Strom im Gebäude verbraucht wird und nicht ins Netz eingespeist werden muss.

gez. Neuhoff
Bürgermeister